

WIRTSCHAFT/INFRASTRUKTUR/FINANZEN

MISERABLE BILANZ VON SCHWARZ-GRÜN

Eine vernichtende Bilanz der schwarz-grünen Wirtschaftspolitik hat das Institut der Deutschen Wirtschaft gezogen. „Unter CDU-Führung wurden die Schulden in 19 Jahren mehr als verdoppelt. Die Investitionen des Landes sind hingegen zwischen 2010 und 2016 um ein Drittel zurückgegangen“, kritisierte Thorsten Schäfer-Gümbel. Erhebliche Mängel herrschten bei der Infrastruktur. So seien 50 Prozent aller Brücken in Hessen in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand.

Wenn Ministerpräsident Bouffier den miserablen Zustand der Infrastruktur auf lange Planungsverfahren schiebe, müsse er sich nach seiner eigenen Verantwortung fragen lassen. „Wenn er heute beklagt, dass Genehmigungsverfahren 30 Jahre dauern, muss man festhalten, davon hat er 20 Jahre lang selbst regiert und keinen Beitrag geleistet, Verfahren zu beschleunigen.“



FOTO: ELVEDIN GOLICA

MEHR BAUEN IN HESSEN- BEZAHLBARES WOHNEN UND INFRASTRUKTUR. DAS FORDERT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL. HIER BEIM BESUCH EINER BAUSTELLE IN FRANKFURT.

Schäfer-Gümbel erinnerte daran, dass Ministerpräsident Bouffier vor fünf Jahren vollmundig ein „Zukunftsministerium“ versprochen habe. Danach habe man nie wieder etwas davon gehört. Dem jetzt angekündigten Digitalministerium würde das gleiche Schicksal drohen.

Auch zur Wohnraumversorgung und der Entwicklung des ländli-

chen Raums habe das Institut der deutschen Wirtschaft eine negative Bilanz gezogen. Schäfer-Gümbel forderte: „Nach 19 Jahren müssen wir endlich die Investitionen hochfahren, nach 19 Jahren die Verkehrswende ernst nehmen, nach 19 Jahren Wohnungen bauen und nach 19 Jahren endlich Stadt und Land miteinander verbinden. Nur so wird Zukunft beginnen.“

„ZURÜCK BLEIBT EIN MORALISCHER SKANDAL“

Der Abschluss des NSU-Untersuchungsausschusses darf aus SPD-Sicht nicht das Ende der Aufklärung sein. Schon dessen Einsetzung habe unter keinem guten Stern gestanden, da CDU, FDP und Grüne nicht zugestimmt hätten, sagte **Nancy Faeser**. Danach sei die Aufklärung in vielfältiger Art und Weise von der Mehrheit behindert worden. Als „politischen und moralischen Skandal“ wertete Faeser, dass Volker Bouffier als

damals zuständiger Innenminister niemals Fehler und Versäumnisse im Zusammenhang mit den Ermittlungen eingestanden habe. Sie erinnerte zum Beispiel an die von Bouffier verantwortete Weigerung, nach dem Mord an Halit Yozgat in Kassel im Jahr 2006 die V-Leute des mutmaßlich während der Tat anwesenden Verfassungsschützer Andres Temme vernehmen zu lassen. Faeser forderte als Konsequenz aus dem Ausschuss Prä-



„BIS HEUTE HAT SICH VOLKER BOUFFIER FÜR DIE FEHLER BEI DEN NSU-ERMITTLUNGEN NICHT ENTSCHULDIGT.“
NANCY FAESER

vention durch politische Bildung und eine stärkere parlamentarische Kontrolle des Landesamts für Verfassungsschutz.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

CDU-MARSCH GEGEN BEZAHLBARES WOHNEN

Den von Teilen der hessischen CDU organisierten Sternmarsch gegen ein neues Wohngebiet in Frankfurt hat die SPD-Fraktion scharf kritisiert. Die Aktion gegen den geplanten neuen Stadtteil im Nordwesten der Stadt richte sich gegen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**. Er frage sich, ob sich damit auch die Frankfurter CDU von den Plänen absetzen wolle, die sie bislang mitgetragen hatte. „Die Region platzt aus allen Nähten, die Wohnungsnot ist inzwischen eine reale Bedrohung für die Mitte der Gesellschaft. Aber das scheint die CDU-Granden im Taunus nicht zu interessieren.“



LÄNDLICHER RAUM ABGEHÄNGT

Die CDU hat sich 19 Jahre lang nicht um ein verlässliches Mobilitätsangebot im ländlichen Raum gekümmert. „Jetzt entdeckt sie kurz vor der Landtagswahl die Bürgerbusse. Dass es sich hier um ein reines Wahlkampfmanöver handelt, liegt auf der Hand“, hielt **Tobias Eckert** der Koalition vor. „Die Mobilitätsbedarfe der Menschen im ländlichen Bereich wurden von der CDU ignoriert. Jeder Mensch in Hessen hat ein Recht auf Mobilität: überall und dennoch an den örtlichen Bedarfen orientiert, sicher und bezahlbar.“



FOTO: STADT-FRANKFURT

GEGEN BEZAHLBARES WOHNEN IN EINEM NEUEN STADTTEIL ENTLANG DER A5 HABEN TEILE DER HESSISCHEN CDU IENEN STRNMARSCH ORGANISIERT.

Die SPD tritt mit dem Anspruch an, dieses Recht durchzusetzen.“ Auch **Günter Rudolph** forderte, der ÖPNV im ländlichen Raum müsse besser vertaktet, attraktiver, aber auch bezahlbar werden.

ZUNEHMENDER SANIERUNGSSTAU

„Unter Schwarz-Grün leidet Hessen unter einem enormen Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur. Nach wie vor reichen die Landesmittel nicht aus, um den Sanierungsstau aufzulösen. Damit findet jedes Jahr ein weiterer Werteverzehr von öffentlichen Eigentum statt“, sagte der verkehrspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger**. Auch bei der Schieneninfrastruktur in Hessen gäbe es keinen Fortschritt. Die Folgen dieser Politik seien überfüllte Straßen, auf denen die Hessen im Stau stehen. In den verkehrsstarken Zeiten seien zudem die S-Bahnen überfüllt und unpünktlich.



Pendler hätten die Wahl zwischen Staus und überfüllten Bahnen.

99 PROZENT GEHEN LEER AUS

Das Vorhaben von Ministerpräsident Bouffier, den 15.000 Inhaberinnen und Inhabern einer Ehrenamtskarte ein kostenloses Hessenticket zu überlassen, führt aus Sicht von **Günter Rudolph** zu einem Ehrenamt erster und zweiter Klasse. Rund zwei Millionen Menschen seien in Hessen ehrenamtlich tätig, 99 Prozent gingen nach der Vorstellung von Bouffier leer aus. „Demokratie lebt vom Ehrenamt. In Hessen gibt es allein 75.000 Feuerwehrleute und 135.000 Personen in den Sportvereinen. Viele Menschen engagieren sich in der Flüchtlingshilfe, in der Tafel, beim Roten Kreuz, bei THW. Viele dieser Aktiven schließt der Vorschlag von Herrn Bouffier aus. Wir dürfen keine Spaltung der ehrenamtlich Tätigen zulassen.“





UNGERECHTES STÜCKWERK

Die angebliche Gebührenfreiheit bei Kitas hat **Gerhard Merz** als Stückwerk kritisiert. Merz sagte: „Schwarz-Grün muss jetzt einräumen, dass die angebliche Gebührenfreiheit für viele Kinder nicht gilt. Nicht für die 140.000 Kinder, die täglich mehr als sieben Stunden betreut werden. Nicht für 45.000 Kinder unter drei Jahren. Und auch nicht für die 10.500 Kinder in der Tagespflege.“ Rund 200.000 Eltern müssten also weiterhin Gebühren zahlen. Gravierender wiegt nach Auffassung des Sozi-



alexpernten, dass Schwarz-Grün in der Frage der Steigerung der Qualität versage. „Alle Expertinnen und Experten sagen, dass wir Zuschläge für mittelbare pädagogische Arbeit, also Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung und für Leitungstätigkeit und dass wir Verbesserungen bei den Ausfallzeiten für Urlaub, Krankheit, Fortbildung brauchen.“ Der Landesanteil an den Kosten der frühkindlichen Bildung bleibe nach wie vor zu niedrig. „Hessen ist hier bundesweit Schlusslicht.“

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG ÜBERPRÜFEN

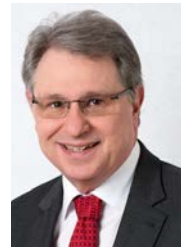
Eine gründliche Überprüfung der Instrumente zur Wirtschaftsförderung in Hessen hat **Tobias Eckert** gefordert. „Hessens Wirtschaft hat in 19 Jahren CDU-geführter Landesregierungen an Dynamik verloren. Trotz guter



Ausgangsbedingungen fällt die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen zurück. Es braucht eine aktive und effiziente Wirtschaftsförderung seitens des Landes.“ Gerade die Gestaltung der Digitalisierung brauche Anstrengungen für gute digitale Infrastruktur einerseits und zum anderen Initiativen für gute Arbeitsbedingungen.

SCHWARZ-GRÜNER SCHATTENHAUSHALT

Die vielen Millionen Euro, die das Land mit dem Verkauf des alten Polizeipräsidiums in Frankfurt eingenommen hat, sollen nach Vorstellungen von Schwarz-Grün in einem Sondervermögen außerhalb des offiziellen Landeshaushaltes gebunkert werden. Unter anderem soll das Geld für den Neubau der Universitätsbibliothek verwendet werden. Gestützt auf eine Bewertung des Landesrechnungshofes nannte **Norbert Schmitt** dies einen rechtswidrigen Schattenhaushalt. Einnahmen und Ausgaben müssen ordentlich im Haushaltsplan veranschlagt werden. Schmitt forderte, den gesamten Verkaufserlös in bezahlbaren Wohnungsbau zu investieren.



ECHTER KLIMASCHUTZ STATT VERSPRECHUNGEN

Konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz hat Angelika Löber gefordert. Es reiche nicht aus, wenn CDU und Grüne nur konstatierten, dass der Klimawandel stattfinde. „Der Klimawandel hat bereits weltweit zu großen Veränderungen geführt. Wir brauchen deshalb einen echten und konkreten Klimaschutz und keine inhaltslosen Versprechungen.“ Trotz ambitionierter Ziele des integrierten Klimaschutzplans sei seit März 2017 viel zu wenig passiert. Die Landesregierung lege erst gar keine konkreten Zahlen zum Klimaschutz in Hessen vor.



MASSIVE KRITIK TRÄGT FRÜCHTE

Auf den letzten Drücker hat die schwarz-grüne Koalition den Entwurf des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (HBKG) geändert und damit auf die massive Kritik von Kommunen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen und SPD reagiert. Besonders umstritten war - so **Dieter Franz** - die geplante Vorschrift, dass die zuständigen Kommunen die Aus-rufung des Katastrophenfalls nur mit Zustimmung des Inneministeriums vornehmen dürften.



MUTLOSIGKEIT BEI METROPOLREGION

Als Paradebeispiel dafür, dass CDU und Grüne „keine Kraft dafür haben, wirklich wichtige anzugehen“ sieht **Marius Weiß** die Novelle des Metropolgesetzes der Region Frankfurt/Rhein-Main. „Bis auf Kleinigkeiten wird kaum etwas geändert. Das ist zu wenig und wird der Bedeutung der Region nicht gerecht.“



FOTO: BLUEDESIGN - FOTOLIA.COM

HESSEN SCHULEN KÖNNEN MEHR ALS MITTELMASS

Angesicht der aktuellen Lage an den Schulen zu behaupten, alles laufe „hervorragend“, zeige, dass Schwarz-Grün komplett den Bezug zur Realität verloren habe. **Christoph Degen** sagte: „Der Kultusminister weiß nichts über Lehrermangel und Unterrichtsausfall.“ Die Frage, wie viele Stellen noch nicht besetzt seien, wolle der Kultusminister erst nach der Landtagswahl beantworten. Die Koalition lebe in einer Märchenwelt, habe keine Antworten oder Zukunftsvisionen für die bildungspolitischen Herausforderungen, wie Inklusion, Integration und Ganztagsbeschulung. „Murks und

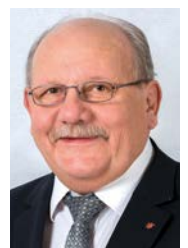


Chaos sind zum Markenzeichen geworden, seit die CDU in Hessen regiert. Bildungsqualität ist immer weiter heruntergefahren worden.“ Wieder habe eine Studie Hessen nur im Mittelfeld verortet. „Rund ein Zehntel aller hessischen Lehrkräfte hat kein Lehramtsstudium. Tendenz steigend“, sagte der SPD-Bildungspolitiker. Statt den Unterricht mit qualifizierten Lehrkräften abzudecken und belastbare Zahlen zu liefern, werde abgewiegelt und verharmlost. Die Regierung drücke vor einer Anhörung zur Situation an den Schulen und ignoriere die Überlastungsanzeigen von Lehrkräften.

MEHR MITSPRACHE GEFORDERT

Mehr Mitspracherecht für Imker und Milchviehhalter in den Vertretungen des Berufstands hat der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Heinz Lotz**, gefordert. Es sei richtig, alternativen landwirtschaftlichen Verbänden mehr eine stärkere Rolle als bislang zuzuweisen. Die SPD sehe

aber ein Problem darin, wenn weder der Landesverband Hessischer Imker, noch der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter im Landesagrarausschuss, noch in den Gebietsagrarausschüssen vertreten seien.



Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zlugabuck, Christoph Gehring, Martina Häusl-David, Valeska Fuhr